

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Für eine unabhängige, klimagerechte und soziale Energieversorgung in Brandenburg - 100% Erneuerbare Energien - Drucksache 7/5268 vom 16.03.2022

Für eine wirklich unabhängige und bezahlbare Energieversorgung in Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

„Erneuerbare“ Energien können keine unabhängige und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen. Ihre Unzuverlässigkeit bringt es mit sich, dass die sogenannten erneuerbaren Energien schon theoretisch nur zu bestimmten Zeitpunkten 100 Prozent der Stromversorgung sichern können. Insgesamt und auf Dauer ist dies aber nicht möglich.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf europäischer und auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:

1. die drei noch in Betrieb befindlichen deutschen Atomkraftwerke in Übereinstimmung mit den rechtlichen Möglichkeiten auch nach ihrem vereinbarten Laufzeitende mit dem Ziel des Dauerbetriebs weiterbetrieben werden,
2. die Zulieferung für einen möglichen Weiterbetrieb bis Herbst 2022 durch die Brennelementefabrik Emsland und durch europäische Lösungen gesichert wird,
3. dass die Ausstiegsszenarien im Kraftwerk Jänschwalde dergestalt geändert werden, dass die Blöcke F (2022) und Block E (2023) die derzeit noch in Sicherheitsbereitschaft sind, über die Jahre 2022/23 hinaus in Bereitschaft bleiben und bei Bedarf die Kraftwerksblöcke C/D und A/B über die Jahre 2025 und 2028 weiter betrieben werden können.

Die Landesregierung hat sich ferner dafür einzusetzen, dass:

4. den Betreibern und ihren Fachkräften, welche eine sichere Energieversorgung in der heimischen Braunkohle und den Kernkraftwerken in den anderen Ländern ermöglichen, eine fünfzehnjährige Garantie des Weiterbetriebs und der Beschäftigung zugesichert wird,

5. das Atom- und das Kohleausstiegsgesetz so weit abgeändert wird, dass obige Punkte Beachtung finden können,
6. mit dem Nachbarland Polen langfristige Handelsverträge im Bereich der Stromlieferungen abgeschlossen werden.

Die Landesregierung wird schließlich dazu aufgefordert,

7. zur Bewältigung der Folgen von Ukraine- und Versorgungskrise auch ein landesspezifisches Hilfsprogramm, insbesondere für energieintensive Unternehmen und die Logistikbranche, aufzulegen,
8. zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln ein Sofortprogramm zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe in Brandenburg vorzulegen und umzusetzen, mit dem die in den letzten Wochen exorbitant gestiegenen Betriebsmittelkosten für Düngemittel, Strom und Diesel kompensiert werden können.

Begründung:

Die in Deutschland isoliert ideologisch angestrebte Energiewende ist gescheitert. Um dieses Scheitern abzufedern, sind kurzfristig soziale und langfristig technologische Maßnahmen zu ihrer Umsteuerung zu ergreifen.

Mittelfristig muss die Braunkohle aushelfen, um bis zur Nutzung neuer Formen der Kerntechnologie Brandenburg nicht energetisch abzuhängen.

Die Erkenntnis darüber, dass die deutsche Energiepolitik in allen Bereichen fehlgesteuert ist, ist aktuell durch die Ukraine Krise dramatisch zu Bewusstsein gekommen. Die von der Europäischen Kommission als Ausweg für die deutsche Volkswirtschaft geschaffene Taxonomie der Gasversorgung als „grün“ und förderungsfähig für die Transformation der Wirtschaft ist als fauler Kompromiss entlarvt und nach zwei Monaten gescheitert.

Eine Laufzeitverlängerung und eine Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken sind daher unausweichlich und erscheinen - anders als zur Jahreswende offiziell verlautbart - möglich, wenn nur der gesetzgeberische Wille dazu bestünde. Die technologische Weiterentwicklung der Kernenergie mit ihren energetischen Potenzialen, wie auch zur CO₂-Vermeidung, sollte in Brandenburg einen Ort finden.

Unsere heimische Braunkohle sichert hierbei bis zum Jahr 2038 die Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik und verhindert für unsere Nation die Abhängigkeit vom Ausland. Brandenburg muss sich als Energie-Exportland für andere Bundesländer als verlässlich erweisen. Die Energiestrategie und die Wasserstoffstrategie des Landes stellen das massiv infrage.

Energiepolitik erweist sich als primäres Politikfeld und bedeutet praktisch Industrie- und Sozialpolitik. Das Land Brandenburg darf sich auch hierbei nicht aus seiner Verantwortung stellen. Es hat widerspruchslos die für unser Land nachteilige Energiepolitik des Bundes mitgetragen, und der Staat hat die Pflicht, die Konsequenzen auszugleichen. Es ist ein kleines Hoffnungszeichen, dass sich die Landesregierung einer besonders scharf die Förderung der Kerntechnik verurteilenden Protokollnote jüngst verweigert hat.¹

¹ Vgl. Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen zum Ergebnis der Sitzung der 88. Europakonferenz vom 9. Februar 2022 „Umsetzung des Europäischen Grünen Deals“, S. 10.